

Kinderschutzgesetz scheitert

Von der Leyen sieht Blockadepolitik der SPD / Pfeiffer: Opfer des Wahlkampfes

VON STEFAN KOCH

Berlin. Ein Kinderschutzgesetz wird es in dieser Legislaturperiode nicht mehr geben. Die Große Koalition konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen. Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD, sieht „unüberbrückbare Differenzen“. Die hannoversche Bundestagsabgeordnete warf Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor, die Vielzahl der von ihr geplanten Melde- und Kontrollregelungen seien „Ausdruck einer Kontrollwut und helfen dem Kinderschutz nicht weiter“. Fachpolitiker beider Fraktionen hatten am Montag einen letzten – vergeblichen – Versuch unternommen, einen Kompromiss zu finden.

Nach dem Entwurf zum geplanten Kinderschutzgesetz hätten Jugendämter künftig persönlich ein Kind in Augenschein nehmen müssen, wenn es Hinweise auf eine Gefährdung gab. Darüber hinaus sollte die Schweigepflicht von Ärzten gelockert werden, wenn Anzeichen für Misshandlungen oder Unterernährung auftreten.

Von der Leyen wies die Kritik der SPD umgehend zurück. Die SPD könne sich nicht darauf einigen, „dass im Gesetz festgelegt wird, dass Jugendämter gefährdete Kinder im Zweifel in ihrer häuslichen Umgebung anschauen sollen, statt nach Aktenlage zu entscheiden“, sagte von der Leyen. Bitter sei, dass damit auch die von den Ärzten geforderte Klarstellung blockiert wird, wann sie die Schweigepflicht brechen dürfen, wenn ein Kind offensichtlich von Misshandlung und Vernachlässigung bedroht ist.

Die SPD beruft sich auf Kritik von Experten. So hatten diese unter anderem den Plan bemängelt, Hausbesuche des Jugendamtes bei gefährdeten Familien gesetzlich vorzuschreiben. Zudem äußerten sich viele Sachverständige skeptisch zu dem Vorhaben, eine verpflichtende Informationsweitergabe durch Berufsgeheimnisträger wie Ärzte, Lehrer, Erzieher oder auch Bademeister einzuführen. Miriam Groß, ju-

gendpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, hält das Scheitern des Gesetzes nicht für überraschend. „Gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht“, so Groß.

Eine Lanze für die jüngste Gesetzesinitiative bricht dagegen Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen: „Die Neufassung des Gesetzes hätte dazu beigetragen, dass die Sozialarbeiter personell verstärkt werden.“ Der Druck auf die Kommunen wäre gewachsen, die Jugendämter besser auszustatten. Es sei bedauerlich, dass kein Kompromiss gefunden wurde, da die Positionen von Union und SPD nahe beieinander gelegen hätten, auch die Ministerpräsidenten hatten Zustimmung signalisiert. Für Pfeiffer ist der Grund des Scheiterns offensichtlich: „Ebenso wie Sigmar Gabriel in der Umweltgesetzgebung spürt auch die Familienministerin den heranrückenden Wahltermin.“